

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeb.). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Verfammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Um den Achtstundentag

Seit der allgemeinen Einführung des Achtstundentages sind fast zwei Jahre ins Land gegangen. Trotzdem erleben wir, daß der Widerstreit der Meinungen über Wert und Zweckmäßigkeit der achtstündigen Arbeitszeit ungemindert fortbauert. Das braucht nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß die allgemeine und plötzliche Einführung des Achtstundentages eine wirtschaftlich tief einschneidende Maßnahme darstellte, die vielerlei Interessen berührte und die Betroffenen naturgemäß zu Gegenäußerungen aufrief. Was die weithin ablehnende Haltung des Unternehmertums anbelangt, so bedarf diese einer weiteren Deutung nicht. Wir erinnern uns, daß früher schon um Verkürzungen der Arbeitszeit meist heftiger gerungen werden mußte, wie um eine Erhöhung der Löhne. Aus Gründen der Gerechtigkeit muß jedoch anerkannt werden, daß so ziemlich aus allen Parteien und Volksschichten ungünstige oder doch skeptische Urteile über den Achtstundentag laut geworden sind. Die Sozialdemokraten und selbst die Unabhängigen sind davon nicht ausgenommen. Einige Beispiele mögen das beweisen.

In einer „freien“ Gewerkschaftsversammlung in Krefeld führte, nach der dortigen sozialdemokratischen „Meberheimschen Volkshöhle“ vom 3. Juni 20 der unabhängige Sozialdemokrat **Wibers** aus: „Unter Umständen, wenn es die Durchführung des Sozialismus erfordere, müsse auch länger als 8 Stunden gearbeitet werden. Wahrheit und Klarheit müßten verbreitet und nicht Phrasen gebroschen werden, dann würde die Enttäuschung um so geringer sein, weil man darauf vorbereitet wäre. Durch ein Ubergangsstadium großer Not arger Verarmut und vieler Entbehrungen müßten wir hindurch, ehe wir zu besseren Zuständen kommen können. Da dürfe der Achtstundentag kein starres Dogma bleiben.“

Von Saarbrücken berichtet die sozialdemokratische „Münchener Post“ vom 26. Februar 20, daß dort in einer großen Versammlung der unabhängigen Schneider das Eingeständnis gemacht habe, daß auch eine unabhängige Regierung den Wiederaufbau nicht nur nicht rascher und zur Zufriedenheit aller Arbeiterwünsche durchführen könne, sondern sogar den 12stündigen Arbeitstag für notwendig erachte.“

In einer U. S. B.-Versammlung in Duisburg rebete der bekannte unabhängige Führer **Wolff Hoffmann**. Nach Presseberichten will Hoffmann, wenn es notwendig wäre, „selbst als 62 Jahre alter Mann noch „in die Karre gehen“ und nicht nur 6 oder 8, sondern sogar noch 10 Stunden und mehr täglich schwer arbeiten.“

Am 20. März 20 äußerte der unabhängige Schriftsteller **Wilhelm Düwell** im Essener Rathaus folgendes: „Auch wir wissen, daß jedes Staatswesen auf Arbeit beruht und auch unter unserer Herrschaft unter Umständen mehr und länger gearbeitet werden muß.“

Die plötzliche, schematische Einführung des achtstündigen Arbeitstages mit gesetzlichem Zwang veranlaßte Herrn **Alexander Schilde**, den früheren Reichsarbeitsminister und über zwanzig Jahre Vorsitzender des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, zu dem Ausspruch: „Das haben nicht Männer der Praxis gemacht. Das ist am grünen Tisch gemacht worden.“

Der sozialdemokratische Staatssekretär **H. Dr. August Müller** schrieb am 1. Februar d. J.: „Die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen überaus wichtige Gestaltung der Arbeitszeit ist durch die übereilte Festlegung einer für alle Berufe gleichen Arbeitszeit von acht Stunden höchst ungünstig beeinflusst worden.“

Die Riste ähnlicher sozialdemokratischer Urteile läßt sich bequem vermehren.

Es fällt uns nicht ein, diese Stimmen nach demagogischer Manier auszuschlachten. In unserer Zeit des verbohrtsten Demagogentums achten wir jeden doppelt hoch, der sich joviell Verantwortungsgefühl und

Mut bewahrt hat, daß er der Masse auch unangenehme Wahrheiten zu sagen wagt. Aber nun kommt die Rehrseite der Medaille. Wenn nämlich ein Führer der christlichen Gewerkschaften auch nur annähernd etwas Wehntliches zu sagen wagt, dann hallt sofort der ganze rote Blätterwald wieder von dem Geschrei: „Arbeiterverrat der Christlichen!“ In den letzten Wochen wurde aus einem solchen Anlaß ein wahres Kesselreiben gegen die christlichen Arbeiter ins Wert gesetzt. Den Ton gab die unabhängige Berliner „Freiheit“ an mit der Parole: „Mottet sie aus!“ Nämlich die christlichen Gewerkschaften. Der darauf prompt einsetzenden Terrorismuswelle ist leider auch eine Anzahl Mitglieder unseres Verbandes zum Opfer gefallen. Welche Vorgänge waren es nun, die den radikalen Schreibern als Vorwand für ihr terroristisches Treiben dienen mußten?

Vor einigen Wochen hielt der christliche Metallarbeiterverband in Essen seine Generalversammlung ab. Im Geschäftsbericht streifte der Verbandsvorsitzende **Kollege Wieber** auch den Achtstundentag. Er wendete sich, genau so wie es die vorstehend angeführten Sozialdemokraten getan haben, gegen die schematische Einführung des Achtstundentages, wobei er folgenden Gesichtspunkt geltend machte: „Wenn die Feuer- und Hüttenarbeiter, die von morgens bis zur Beendigung der Schicht vor der Gluthitze der Ofen stehen, dieselbe Arbeitszeit haben, wie die Türhüter oder Bahnwärter, die alle zwei oder vier Stunden die Eisenbahnbarriere zudrehen, wird die Gleichheit zum schreienden Unrecht.“ Man weise **Wieber** nach, daß er Unrecht hat! Aber gegen Beschimpfungen sollte er geschützt sein. **Wieber**, der im Dienste der Arbeiterbewegung alt und grau geworden ist, hat für die von ihm vertretenen Arbeitergruppen schon im Jahre 1904 den Achtstundentag gefordert, zu einer Zeit also, in der nicht wenige der ihn beschimpfenden radikalen Schreier noch mit Kniehosen und schmutzigen Hosen herumliefen. Daß **Wieber** nicht gegen den Achtstundentag schlechthin Stellung genommen hat, sondern nur gegen die schematische Gleichheit der Arbeitszeit, wird auch von der „Sozialen Praxis“ festgestellt. Noch klarer kommt dies zum Ausdruck in der vom Metallarbeiterverbandstag angenommenen Entschließung zum Achtstundentag, in der es heißt: „Dies (nämlich die Nichtberücksichtigung der Art, Schwere und Gesundheitschädlichkeit der Arbeit) würde namentlich für die Feuer- und Schwerstarbeiter eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit gerechtfertigt erscheinen lassen.“ Es fällt also den christlichen Metallarbeitern gar nicht ein, eine Verlängerung der Arbeitszeit für die übrigen Berufe zu fordern. Ihr Standpunkt ist einfach der: Wenn schon für Leichtarbeiter eine Höchstarbeitszeit von acht Stunden für angemessen erachtet wird, dann haben die Schwerstarbeiter aus der Hütten- und sonstigen Schwerindustrie das gute Recht, für sich eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Wer den Nachweis führen will, daß sie damit Unrecht haben, mag es ruhig tun. Leicht ist ein solches Beginnen gerade nicht.

Schließlich ist es das Beste, wenn man jeden Beruf selbst darüber entscheiden läßt, welche Arbeitszeit er für sich als angemessen erachtet. Wir fühlen uns nicht im geringsten dazu berufen, anderen Berufs- oder Gewerbegruppen hierin Belehrungen zu erteilen, statemalen solche doch nur platonische Bedeutung haben würden. Für uns als christliche Bauarbeiter ist die Stellung zum Achtstundentag eindeutig und klar: Wir sind grundsätzlich für den Achtstundentag im Baugewerbe. Die Bauarbeit ist schwer, z. T. sogar Schwerarbeit, sie setzt eine ununterbrochene, intensive Betätigung voraus und vollzieht sich zudem unter allen Umständen der Witterung. Hinzu kommt, daß die Arbeitsstellen im Baugewerbe ständig wechseln, was den Bauarbeiter daran hindert, seine Wohnung in die Nähe der Arbeitsstelle zu verlegen. Namentlich in den ländlichen Gebieten müssen die Bauarbeiter meist weite Wege zur und von der Arbeitsstelle zurücklegen, so daß, einschließlich der Lauf- und Fahrzeiten, eine zwölf- und mehrstündige

Arbeitspräsenz herauskommt. In den großen Städten liegen die Verhältnisse manchmal noch ungünstiger. Infolge des Uberganges vom Hochbau zur Kleinhauseisbildung ist die Bautätigkeit fast ganz vor die Tore der Städte verlegt worden, was für den Bauarbeiter erhebliche Lauf- und Fahrzeiten bedingt. Wir haben Kollegen hier in Berlin, die, um rechtzeitig auf der Arbeitsstelle zu sein, morgens um 4 Uhr das Bett verlassen müssen und erst abends nach 8 Uhr wieder ihre Wohnung betreten. Wohl-gemerkt, bei achtstündiger Arbeitszeit. Diese Sonderverhältnisse des Bauarbeiterberufs lassen den Achtstundentag im Baugewerbe nicht nur als angebracht erscheinen, sondern sie machen ihn geradezu notwendig.

Freilich können Fälle eintreten, die ein vorübergehendes Abweichen vom Achtstundentag notwendig machen. Wir leben unter dem Versailles-Friedensvertrag, der uns das Verfügungsrecht über uns selbst genommen hat. Einer Notwendigkeit aus diesem Vertrag haben unsere Bergarbeiter sich bereits beugen müssen, indem sie, um das Leben der Nation zu retten, das bekannte Ueberschichtenabkommen schlossen. Das haben unsere Bergarbeiter getan, denen wahrlich niemand den Vorwurf der Verräterei wird machen wollen. Auch im Baugewerbe kann der Fall eintreten, daß zur Behebung der schrecklichen Wohnungsnot die vorhandenen Arbeitskräfte nicht mehr ausreichen und deshalb Mehrarbeit von den Bauarbeitern verlangt werden muß. Dann würden wir auch noch grundsätzlich am Achtstundentag festhalten, aber wegen eines Ueberschichtenabkommens mit uns reden lassen. Darüber dürfte es auch in der gesamten Bauarbeiterchaft kaum eine Meinungsverschiedenheit geben. Allerdings scheint eine solche Möglichkeit noch in weiter Ferne zu liegen. Vorläufig beschäftigt uns die umgekehrte Sorge: Wie können wir der großen Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter Einhalt tun? Da kann ernstlich nicht über Mehrarbeit, sondern nur über eine Streckung der Arbeit gesprochen werden.

Die radikalen Grashüter aber täten in ihrem eigenen Interesse gut daran, sich die oben angeführten Worte ihres Genossen **Wibers** ins Gedächtnis zu rufen, und fern der **Wort August Bebel's** nicht zu vergessen, der einmal sagte, „daß der Führer, der nicht den Mut hat, auch einmal gegen den Willen der Massen seine eigene Meinung zu vertreten . . . ein elender Kerl sei“.

Arbeitsleistungen und Ernährungsfrage

Streuschriftenweise beginnt man auch in Unternehmerkreisen immer mehr einzusehen, daß der seit dem Krieg beobachtete Rückgang der Arbeitsleistungen denn doch noch andere Ursachen hat, als die vielberedete Ver-ehrung und Bosheit der Arbeiter. Tatsache ist jedenfalls, daß die jahrelange Unterernährung Arbeitsleistungen wie in Friedenszeiten physisch einfach unmöglich macht. Auch die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ (Zentralblatt deutscher Arbeitgeberverbände) sieht sich nunmehr (Nr. 40 v. 8. 10. 1920) zu folgender Feststellung veranlaßt: „Die in letzter Zeit sich immer mehr durchsetzende Ansicht zur Erreichung des erstrebten Zieles (einer Produktionssteigerung) fordert die bessere Versorgung der Arbeiterchaft mit Lebensmitteln.“ Zur Bestätigung der Richtigkeit dieser Ansicht weiß die „Arbeitgeberzeitung“ mitzuteilen, „daß die mit der Bergarbeiterchaft im Ruhrkohlengebiet getroffenen Abmachungen im Ueberschichtenabkommen erkennen lassen, daß die erhöhte Produktion . . . nur durch Zuweisungen von Lebensmitteln an die Arbeiterchaft erreicht wurde“. Und sie fügt dem hinzu: „Was dort im großen geschieht, sollte in jedem Betrieb durchgeführt werden.“

Wie die „Arbeitgeberzeitung“ dann weiter mitteilt, ist bereits im Jahre 1917 die „Gemeinnützige Großein-kaufsgesellschaft „Deutschland“, K.-G., Hamburg“, gegründet worden, die heute bereits zirka 3000 deutsche Industriebetriebe mit Lebensmitteln aller Art versorgt,

„Die Volkerei durch die Industriebetriebe die mündelhaften Volkskassen mit billigen Waren, wobei sie auf Grund ihres vom Bundesrat anerkannten gemeinnützigen Charakters nicht darauf ausgeht, Gewinne zu erzielen, sondern ihre Aufgabe darin sieht, unter Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchers den Verbrauchern die billigsten und besten Waren zuzuführen.“ Die „Arbeitgeberzeitung“ drückt die Erwartung aus, daß die Industriebetriebe die bezogenen Waren natürlich zum Selbstkostenpreise an die Arbeiter abgeben.

Es ist nun von Interesse, über die praktischen Erfahrungen einer solchen Lebensmittelversorgung etwas zu hören. Darüber veröffentlicht die „Arbeitgeberzeitung“ den wirklich interessanten Brief eines Industriellen aus Werdau. Dieser schreibt:

„Der Verfasser des Artikels: „Zur Fabriksumver-einsfrage“ hat sehr richtig die Versorgung der Arbeiter-schaft mit den Hauptnahrungsmitteln in allen Be-trieben gefordert, weil dadurch der Arbeiterschaft eine ganz bedeutende Geldersparnis gewährleistet wird. Die Praxis in Werdau hat das bewiesen. Von der Groß-einkaufsgesellschaft „Deutschland“, Hamburg, wurde eine Verteilungsstelle am Orte eröffnet. Von dieser aus werden die Angebote den Werken hier und in der Umgegend zu-gestellt, die Bestellungen gesammelt, die Ware gemein-sam bezogen und verteilt. Die Speisen werden hier-burch weit herabgedrückt, und es konnten die Betriebe, selbst wenn sie den Arbeitslohn für das Auswiegen und Verteilen der Sendungen als Spesen auf den Preis schlagen, zu viel niedrigeren Preisen ab-geben als die Kleinhändler. Die Erspar-nis für die Arbeiterschaft betrug oft bis zu 50 Pro-zent, bei einzelnen Artikeln manchmal noch mehr. Im Durchschnitt wurde 20-30 Prozent billiger gekauft als beim Kleinhändler. Dieser Satz ist für den Arbeiterhaushalt von außerordentlicher Bedeutung. Der Arbeitgeber, der auf dieser Basis seinen Leuten Waren beschafft, erhöht deren Lohn indirekt um diesen Prozent-satz! Die Meinung mancher Arbeitgeber, mit der Nah-rungsmittelbeschaffung würde die Zeit der Arbeiter un-nützlich vergeudet, ist irrig. Wenn die Arbeiter wissen, daß sie regelmäßig billiger als andernweit die Hauptnahrungsmittel bekommen und nach Arbeits-schluss mit nach Hause nehmen können, haben sie den ganzen Tag über keine Veranlassung, sich über die Lebensmit-tel-frage zu unterhalten. Wört es aber wenig und steigen die Preise, dann beherrscht das Thema „Lebensmittel“ einen großen Teil der Arbeitszeit, und dieser geht der Produktion verloren. Außerdem wird ein gut ernährter Arbeiter immer Besseres leisten, als ein schlecht genährter, und die Lebens-mittelversorgung hat auch hierdurch ihr Gutes für den Betrieb. Manche Arbeitgeber verweisen auf den Konsumverein! Zum weitest größten Teile ist dieser heute nicht mehr in der Lage, Vorteile gegenüber dem Kleinhändler zu bieten, er kann also die Betriebsversorgung nicht ersetzen. Zum Teil wird von Industriellen aus auf die Schädigung des Kleinhandels verwiesen. Zu Unrecht! Dieser hätte längst Einrichtungen treffen können, wonach die zahlreichen Zwischen-glieder zwischen Erzeuger und Ver-bräucher als Verdienner und Warenver-teurer ausgeschaltet werden.

So aber geht es bei ihm nach der alten Leiter weiter: der Arbeiter muß die Ware mit sehr hohen Zuschlägen bezahlen, er verlangt den entsprechenden hohen Lohn von seinem Arbeitgeber, dieser den entsprechenden Warenpreis, bis er so hoch ist, daß er außer Konkurrenz gesetzt ist. Heute, wo es gilt, das Wirtschaftsleben Deutschlands und das ganze Reich in erster Linie durch die Leistung der Industrie wieder auf eine hohe Stufe zu bringen, darf die Rücksicht auf einen, die Zeit ver-träumenden Stand kein Hindernis im Vorwärtsschreiten sein und deshalb ist die For-derung im Artikel „Zur Fabriksumvereinsfrage“ auf Verköstigung aller Fabrikbesitzer auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung ihrer Arbeiterschaft mehr als berechtigt und vor allem sehr zeitgemäß. Nicht die Ar-beit einiger weniger Industriellen aus einer Branchen-gruppe genügt, um die Nahrungsmittelfrage bei den Tarif-verhandlungen als günstigen Faktor für sie und das gesamte Wirtschaftsleben in die Waagschale zu werfen, sondern in allen Betrieben muß die Ver-sorgung in der angeedeuteten Weise durchgeführt und damit den Arbeitern eine dauernde indirekte Verbesserung ihres Lohnes gewährleistet werden.“

Es wird also gefordert, daß alle Betriebe die Versorgung ihrer Arbeiter mit Lebensmitteln in die Hand nehmen sollen. Wie die Unternehmer des Baugewerbes sich zu diesem Pläne stellen, darüber ist uns noch nichts bekannt. Bekanntlich ist im Baugewerbe über den Rückgang der Arbeitsleistungen besonders lebhaft ge-klagt worden. Da es sich bei der Bauarbeit durchweg um Schwerarbeit handelt, trifft hier erst recht zu, was wir eingangs schon sagten, daß nämlich die herrschende Un-terernährung Arbeitsleistungen wie früher einfach aus-schließt. Die Konsequenz müßte also sein, daß die Un-ternehmer des Baugewerbes erst recht Anlaß haben, sich um eine bessere Ernährung ihrer Arbeiter zu kümmern.

Andererseits kann nicht verkannt werden, daß mit der allgemeinen Einführung einer solchen Einrichtung, die also die Lebensmittelversorgung der Arbeiterschaft zum guten Teil in die Hände der Unternehmer legt, sehr wohl gewisse Gefahren verbunden sein könnten. Man braucht diese aber schließlich nicht zu überschätzen. Denn wo-sin haben wir Betriebsräte? Diesen müßte natürlich ein angemessenes Kontrollrecht gesichert sein. Das ist auch schon um deswillen notwendig, um auf Arbeiterseite kein Mißtrauen aufkommen zu lassen.

Ungewerkschaftliches Verhalten deutscher Bauarbeiter in Holland

Aus Holland erhalten wir folgende Zuschrift:

An die deutschen Freunde, beschäftigt im holländischen Baugewerbe!

In Limburg (Holland) sind viele deutsche Bauarbeiter beschäftigt. Namentlich im letzten Jahre war der Zuzug von deutschen Kollegen stark. Wir meinen nun, die „Baugewerkschaft“ in Anspruch nehmen zu sollen zur Offenlegung von Mißständen, die sich hier in Limburg alle Tage ereignen und in deren Bekämpfung wir die deutschen Kollegen aufrufen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind im holländischen Baugewerbe durch eine kollektive Vereinbarung (Tarifvertrag) geregelt. Hier in Limburg haben wir dauernd große Mühe, um bei den Bauunternehmern die Anerkennung dieses Tarifvertrages durchzusetzen, weil

sie auf dem Gebiete der Organisation rückständig sind. Auch haben die Limburger Bauunternehmer harte Köpfe und wollen noch nicht die Gemeinschaftsarbeit im Sinne eines Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter anerkennen. Die deutschen Freunde werden also begreifen, daß es schon an sich nicht bequem ist, mit einer solchen Art von Unternehmern zusammen zu arbeiten.

Nun kommt eine neue Gefahr hinzu, welche mit jedem Tage größeren Umfang annimmt. Es tut uns leid, Vorgänge, wie sie nachstehend mitgeteilt werden, in einem gewerkschaftlichen Fachblatt veröffentlichen zu müssen. Lange haben wir denn auch gewartet, ehe wir von dieser Notwendigkeit Gebrauch machten. Aber das Uebel wurde immer schlimmer, was uns denn auch ver-anlaßt hat, alles ins Werk zu setzen, um es abzuwenden.

Wie schon bemerkt, sind hier in Limburg viele deutsche Bauarbeiter beschäftigt. Die günstige Valuta und der dadurch hervorgerufene hohe Verdienst führte die Kollegen hierher, wobei bemerkt sei, daß Arbeits-gelegenheit hier reichlich vorhanden ist. Uns holländischen christlichen Bauarbeitern macht das gar keine Beschwer, weil wir sehr gut wissen, daß die Lage der deutschen Arbeiter in den heutigen abnormen Zeiten lange nicht gut zu nennen ist.

Wir wenden uns also nicht dagegen, daß deutsche Bauarbeiter hier in Arbeit treten. Aber etwas anderes fordert unseren schärfsten Protest heraus: Nämlich, fast alle deutsche Bauarbeiter arbeiten unter dem Tariflohn, der von den holländischen Bauarbeiterorganisationen mit den Unternehmern vereinbart ist. Die Folge dieser Haltung, die Sie als gewerkschaftliche Organisation gewiß nicht billigen, ist, daß die Unternehmer sich nicht an den Vertrag halten. Und weil die deutschen Arbeiter für viel weniger arbeiten, werden die einheimischen Lim-burger Bauarbeiter zuerst aus der Arbeit entlassen.

Sie sehen, das ist für uns ein ganz unhaltbarer Zu-stand, und er wird leider mit jedem Tag schlimmer. Das darf nicht so bleiben! Solche Verhältnisse werden die deutschen und holländischen Bauarbeiter, je länger je mehr, auseinanderbringen, und das in einer Zeit, in der die internationalen Beziehungen zwischen den Arbeiterorganisationen so eng wie möglich gezogen werden müssen.

Darum wenden wir uns an die deutschen Freunde und bitten sie, das Uebel beseitigen zu helfen. Laßt uns zeigen, Kollegen, daß wir als echte Gewerkschaftler einander beizustehen wissen, wenn es gilt, arbeiter- und organisations-schädigende Zustände aus der Welt zu schaffen.

Sittard (Overhoven 1), 23. September 1920.
Mit christlich-internationalem Kämpfergruß!
gez. N. Windt
gez. A. J. Vollaerts jr.,
Angestellte für den Bezirk Limburg (Holland) des Niederl. R.-Kath. Bauarbeiterverbandes.

Wir haben dieser Zuschrift gern Raum gegeben. Wären die bezeichneten Vorgänge uns schon früher bekannt geworden, so würden wir aus eigenem mit aller Kraft dagegen angekämpft haben. Wir bedauern diese Zustände tief und erwarten, daß unverzüglich Ordnung geschaffen wird. Früher haben wir uns mit Recht gegen die Lohnrückereien ausländischer Arbeiter gewendet. Wir würden uns um jeden moralischen Kredit bringen, wenn wir nun, wo deutsche Arbeiter zur Arbeitsannahme im Auslande gezwungen sind, in den gleichen Fehler verfallen wollten. Auch sollten wir bedenken, daß der Ruf des deutschen Namens in der Kriegszeit wahrlich Einbuße genug erlitten hat, und daß wir schon aus diesem Grunde ängstlich bemüht sein müssen, alles zu vermeiden, was geeignet ist, der Abneigung des Auslandes gegen alles Deutsche Vorschub zu leisten. Jedenfalls sind die holländischen Bauarbeiter in ihrem vollen Recht, wenn sie sich gegen Lohn-drückereien ihrer deutschen Berufskollegen entschieden

Die Freiheit wird einem nicht angeborn: sie wird nicht geschenkt, sie will erarbeitet sein. Sie ist eine Folge des geistig durchgebildeten Charakters. Dieckmeyer.

Vom Eichsfelde

I.

Die Heimatliebe ist eine bei den Deutschen allgemein stark ausgeprägte Eigenschaft, denn auch ist sie bei den einzelnen Volkstämmen verschieden. Zu denen, die stark an ihrer Heimat hängen, gehört der Eichsfelder, der Unter- wie Ober-eichsfelder. Wer sollte jene amantige Gegend, die nördlich und östlich vom Harz und seinen Ausläufern, westlich von der Weine mit ihrem schönen Gebirge und den fruchtbaren Tälern, südlich von der Hainleite und dem Berratalle begrenzt wird, nicht lieben? Politisch gehört der Kreis Duderstadt zur Provinz Hannover, die Kreise Dornberg, Heiligenstadt und der zum Kreise Wülfenhausen i. H. gehörende Teil des Eichsfeldes zur Provinz Sachsen. Dennoch ist das Eichsfeld von einer arbeitssamen, bescheidenen und dabei gesinnvollen Bevölkerung, die indes auf der heimatischen Scholle nicht weils erndtet werden kann. Der Bezirk ist überdies, daher müssen Reisende zum Wandersfuß greifen, um in anderen Städten und Seebädern ihren Brot zu verdienen. Wo kann nicht den Eichsfelder Bauhandwerker? Daß überall ist er dort. Zahlreiche Zanderarbeiten und Zieglerarbeiten sind das Eichsfelder Arbeit. Die heimischen Arbeitstage waren früher meist in der Land-wirtschaft, insbesondere in Spargelplantagen, tätig. In den letzten 20 Jahren hat die Lebensgrundlage auf dem Eich-sfelde immer mehr gesunken, und hat, besonders vor dem Krieg, immer mehr den Charakter eines Arbeits- und Er-

dienstmöglichkeit. Auf dem sogenannten Ober-eichsfeld (Kreise Wülfenhausen i. H. und Heiligenstadt) war und ist auch heute noch die Handweberei und Strickerei zu Hause. Auch der Hausierhandel ist stark vertreten. Es gibt große Dörfer, deren Bevölkerung zum größten Teil den Hausier-handel betreibt. Hier trifft man viel weitgereiste und weltgewandte Leute. Einen eigentümlichen Handelsartikel bildet früher der Harzer Kanarienvogel. Dieser wurde in vielen europäischen Ländern, insbesondere in Rußland, abgesetzt. Auch reisende Musik- und Gasentapellen kommen vom Eichsfeld.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich verschoben. Die Landwirt-schaft, meistens Kleinbesitz, hat in den bergigen Gegen-den besonders mit den Witterungsunbilden zu rechnen. Ihre Ernte wird häufig durch zu kalte Sommer oder durch Gewitter mit Hagelschäden stark beeinträchtigt. Durch die Verbesserung der Betriebsweise, insbesondere durch die Anwendung technischer Neuerungen, hat sich der Boden-ertrag in der Neuzeit merklich gehoben, so daß man heute von einer gutgehenden und gutverdienenden Landwirt-schaft reden kann.

Neben der Tabakindustrie sind in vielen Orten kleine Webereien und Strickereien entstanden. Von besonderer Bedeutung ist die Entwicklung des Kalberbergbaues. In der angrenzenden Grafschaft Hohenstein, wie auch im Kreise Dornberg sind erziehbare Kalberlager gefunden und daher zahlreiche Erzkühe entstanden, so in Hühnerode, Groß- und Klein-Hohungen, Bernerode und Hüppel. Diese bieten allerdings viel Arbeitsgelegenheiten. Der reiche Kalberbergbau hat viel Holzverarbeitungsarbeiten aufziehen lassen, auch einige Papierfabriken sind vorhanden. In diesen Betrieben wie auch im Kalber selbst bietet sich viel

Das Baugewerbe hat seit Beendigung des Krieges gute Konjunktur gehabt. Die Landwirtschaft hat gut verdient und konnte daher bauen lassen. Die Vergröße-rung der Kaliberwerke machte neue Wohnungen notwendig, und so sieht man in der Gegend bei Hohlungen und Hühner-ode, ebenso bei Neustadt und Groß-Hohungen neue Dörfer entstehen.

So weiß das Bild der Heimat äußerlich in mancher Beziehung neue Züge auf. Dabei entsteht von selbst die Frage: Wie steht es heute um die Lebensverhältnisse der Arbeiter? Und vor allem: Wie haben sich die alten Ideale der Eichsfelder unter dem neuen Zeitgeist ge-halten und bewahrt?

Früher standen die Löhne sehr tief. Durch Er-hundigungen konnte ich feststellen, daß in dieser Be-ziehung vieles gebessert worden ist. Im Kalberbergbau wie auch in den sonstigen Industrien werden verhältnis-mäßig gute Löhne gezahlt. Die Bauhandwerker haben ebenfalls durch ihre Organisation gute Fortschritte er-ziebt. Stellenweise konnte ich eine acht- bis zehnfache Steigerung des Lohnes gegen Friedenszeit feststellen. Ge-wiß standen die Löhne vor dem Kriege sehr tief, auch hat die ungeheure Teuerung das Eichsfeld nicht verschont. Die Leistungen der Gewerkschaften müssen trotzdem hoch eingeschätzt werden, zumal hier noch viel Rückständigkeit und Selbstfremdheit in den Kreisen der Arbeitgeber und der Landwirtschaft vorhanden sind. Man kann nicht, zum Teil will man aber auch nicht die neuere Zeit verstehen.

Der Wucher- und Schieberhandel ist hier so tätig wie überall und hat viel zur Vertierung beigetragen. Die Kaffier, die nachgerade fruchtig ammutet! Sie verhält, wie man sieht, die besten Charaktereigenschaften. Auch politisch ist die neue Zeit nicht spurlos an der Bevölkerung vorübergegangen. Die Reichstagswahlen

ur Wehr setzen. Die deutschen Bauarbeiter aber, die o ungewerkschaftlich an ihren holländischen Kollegen ändern, bezwecken damit nur, was sie selber am wenigsten wollen: nämlich die Unterbindung der Arbeitsmöglichkeit in Holland. Denn es ist voranzusehen, daß die holländischen Kollegen in dem Kampfe um die Aufrechterhaltung ihrer tarifvertraglichen Bestimmungen nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern letzten Endes, wenn eine Aenderung in dem Verhalten der deutschen Bauarbeiter nicht eintritt, dafür eintreten werden, daß letztere zur Arbeit in Holland nicht mehr zugelassen werden. Für die Mitglieder unseres Verbandes gilt daher unter allen Umständen dies: Arbeitsaufnahme in Holland ist nur zu den dort geltenden tarifvertraglichen Bestimmungen zuzulässig. Gegen Zuwiderhandelnde wird mit den Strafmitteln des Statuts vorgegangen werden. Von den westlichen Bezirksleitungen erwarten wir, daß sie unverzüglich nach dem Rechten sehen und durch Aufklärung, gegebenenfalls an Ort und Stelle, dafür sorgen, daß den berechtigten Klagen unserer holländischen Freunde bestens der Boden entzogen wird.

Allgemeines

„Die sterbenstranke U. S. P.“. Das tolle Durchdringen und Gegeneinander in der unabhängigen Sozialdemokratie hat seinen Höhepunkt erreicht. Die „Freiheit“ bringt einige Auszüge aus der unabhängigen Parteipresse, die die ganze innere Zerfahrenheit der Partei, aber auch die Hoffnungslosigkeit, einen rettenden Ausweg zu finden, grell beleuchten. So schreibt die unabhängige „Vergewaltigte Arbeiterstimme“ in Solingen:

„Niemand zweifelt nunmehr daran, daß auf dem Parteitag Halle die Liquidation der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vollzogen wird. Alle Bemühungen, die organisatorische Einheit der Partei der grundsätzlichen Uneinigkeit zu erhalten, sind mehr denn absurd, sie sind ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterbewegung. Diejenigen, welche bestrebt sind, die endgültige Auflösung der Partei zu verhindern, mögen in guter Absicht handeln, zum mindesten aber trifft sie der Vorwurf, daß sie die organisatorische Einheit über die grundsätzliche Einheit stellen. Nach alledem, was die letzten Wochen brachten, wird niemand mehr den trügerischen Mut aufweisen und behaupten, daß unsere Partei, so wie sie jetzt — auseinanderfällt, noch irgendwelchen Wert für die Sache des deutschen Proletariats besitzt. Eine allzu große Lust hat sich aufgetan und trennt uns in unserer Partei in zwei feindliche Heerhaufen.“

„In uns lebt die Überzeugung, daß die sterbenstranke unabhängige Sozialdemokratische Partei in ihrer jetzigen Gestalt nichts anderes zu tun hat, als sich auf dem Parteitag in Halle ein würdiges Vergrübnis zubereiten. Wenigstens ist es die Überzeugung der proletarischen Masse, welche alles Vertrauen zu der Politik der U. S. P. verloren hat. Ebenfalls haben wir die festeste Überzeugung, daß eine revolutionäre Massenpartei erst dann entstehen wird, wenn der überragende Einfluß der rechten Führer der U. S. P. ausgeschaltet wird. Zwischen ihnen und uns gibt es keine Brücke, deshalb müssen wir uns trennen. Die Art der Trennung entscheidet der Parteitag.“

In ähnlichem Sinne äußerte sich die unabhängige „Hamburger Volkszeitung“, die einen Leitartikel mit folgenden Worten schloß:

„Auch für die U. S. P. W. gilt das alte Wort: Man muß zur rechten Zeit sterben wissen.“

Und im „Arbeitertribune“ äußert sich der bekannte unabhängige Sozialdemokrat Karl Siebers wie folgt:

„Auch die Krise innerhalb der unabhängigen Partei ist hat einen Meißelgrad erreicht, wo Vertuschungen und Verleumdungen nur Verunsicherungen und Zerwürfen bedeuten“

„Die letzten eine starke Zunahme der sozialistischen Stimmen gegenüber den Friedenswählern. Dennoch dürfte bei planmäßiger Arbeit vieles zurückgeholt werden können. In der Friedenszeit ist vieles vernachlässigt worden. Auch heute stehen oft Leute, die Führer und Lehrer des Volkes sein sollen, den neuen Verhältnissen gleichgültig und verständnislos gegenüber. Wir scheinen auch, als ob die Zentrumspartei in dem Bezirke nichts vergessen und nichts gelernt habe. Die Stimmung in den Kreisen der Arbeiter, Handelsleute und Beamten ist für sie nicht günstig. In sozialistischen Kreisen steht man daher dem Gedanken einer Neuorientierung in parteipolitischer Hinsicht sympathisch gegenüber.“

Ein Lichtblick ist vorhanden, und das ist das Erstarren der christlichen Gewerkschaften. Als Freund derselben habe ich schon früher ihre Entwicklung aufmerksam verfolgt. Zu meiner Freude kann ich feststellen, daß ihr Wachsen seit der Revolution meine Erwartungen übertroffen hat. Alle Berufsverbände sind vertreten. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften kommen nur im Bergbau und in Heiligenstadt mit nennenswerten Zahlen in Betracht. In Heiligenstadt! Dem Orte, von wo in früheren Jahren die Ideen der „Berliner“ Bewegung ausgingen. Denkt man an die Kämpfe zurück und sieht heute die Folgen so kranke sich einem das Herz zusammen. Ich möchte zu diesem Kapitel manches niederschreiben, aber ich stelle mit Genugtuung fest, daß für das Selbst die „Berliner“ Bewegung tot ist. Es herrscht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über die die Zeit hinweggeht. Einigkeit darüber, daß nur die christlichen Gewerkschaften als Arbeiterinteressenvertretung in Frage kommen. Darum will ich die gegenwärtige und zukünftige Arbeit nicht durch Vergangenes stören.

Am 9. Oktober ist der einundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

würde, wo jetzt eine klare Entscheidung trennen muß, was nicht zueinander gehört.“

Nach alledem scheint es, daß der am 12. Oktober zumamentretende Parteitag die Spaltung der unabhängigen Partei gar nicht erst zu beschließen braucht, sondern daß sie sich bereits vollzogen hat.

Rein Abbau der Mieterschutzgesetzgebung. Amlich wird mitgeteilt: „In der Presse wird vielfach die Besorgnis geäußert, daß die bestehende Mieterschutzgesetzgebung abgebaut und eine unbeschränkte Steigerung der Mieten zugelassen werden soll. Dies trifft nicht zu. Eine behördliche Regelung der Mieten wird vielmehr noch lange notwendig sein. Es muß dafür gesorgt werden, daß auch in Zukunft eine Steigerung der Mieten nur insoweit zugelassen wird, als zur Deckung erhöhter Aufwendungen des Hausbesitzers für Instandhaltung und Reparatur, insbesondere für öffentliche Abgaben, Gebühren und Reparaturen, notwendig wird. Demgemäß verleiht das Arbeitsministerium einen Gesekentwurf vor, welcher die Bemessung der Mieten regelt und eine unbeschränkte Steigerung der Mieten, auch für die Zukunft, verhindert soll. Die Einigungsämter sollen auch in Zukunft bestehen bleiben und die Entscheidung über die Höhe der Mieten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen behalten.“

Heute und früher. Heute predigt die mehrheitssozialistische „Rheinische Zeitung“ Bernunft, sie sagt, daß radikale Medien nichts nützen:

„Kraft ist nur dort, wo Einigkeit herrscht und Vernunft waltet. Statt 22 Ithen jetzt 31 Unabhängige im Deutschen Reichstag. Ist es mit dem 6. Juni besser geworden? Um das Bierfache hat sich die unabhängige Fraktion vermehrt! Erhalten wir jetzt die vierfache Produktion? ... Wenn die 31 Unabhängigen mehr zuwege brächten ... sie täten's gewiß, schon der Agitation wegen. Sie könnten es nicht, weil auch die radikalste Rede kein Korn und kein Fleisch zaubert, weil alle Phrasen nicht den Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen beseitigen. Man darf auch nicht glauben, wie die Kommunisten sagen: die U. S. P. wäre nicht radikal genug, auch sie verurteilt die Arbeiterklasse; deshalb noch mehr Radikalismus und noch mehr Radikalismus. Wäre der Kommunismus die Wundermedizin, warum denn auch der Hunger in der Sowjet-Republik Rußland, von dem Lenin jagte, einen zweiten Winter wie den von 1919/20 könnte das russische Volk nicht mehr ertragen.“

Früher, das heißt bis zum Kriegsausbruch, trieb die „Rheinische Btg.“ und mit ihr die ganze heutige Mehrheitssozialdemokratie dieselbe Politik der tönenden Worte, die sie heute ihren weiter nach links abgewandten Freunden zum Vorwurf macht. Damals waren wir es, die zur Vernunft mahnten — umsonst. Die Folgen haben wir heute auszukosten. Wie ganz anders könnte die Gegenwart ausschauen, wenn unsere Mehrheitssozialisten damals schon betätigt hätten, was sie heute unter dem eisernen Druck der Verhältnisse notgedrungen zu tun gezwungen sind, nämlich die Massen zur Einsicht und Mäßigung zu erziehen.

Radikaler Szenenwechsel. Seit der Revolution ist es in den freien Gewerkschaften bekanntlich Mode geworden, die alten mehrheitssozialistischen Führer abzujagen und unabhängige und Kommunisten an ihre Stelle zu setzen. Die Berliner Ortsgruppe des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes hatte es im Vorjahre besonders eilig mit dieser Säuberungsur. Sie setzte ihren Vorstehenden Blocke, der fast 30 Jahre den Posten innegehabt hatte, ab und wählte an seine Stelle den unabhängigen Vollblutsozialisten Siegle. Nun muß auch dieser den radikalen Ansprüchen nicht genügt haben, denn neulich bei der Neuwahl ließ man ihn glatt durchfallen. Auch der zweite Vorstehende — ein Kommunist! — wurde seines Amtes enthoben. Die neugewählten Herren sollen aber nun ganz echte und wirkliche Arbeiterrevolutionäre sein. Worten wird ab, wie lange sie wirtschaften werden. Wahrscheinlich wird sich an ihnen im nächsten Jahre das alte Spiel vollziehen, und dann immer so weiter. Man meint, dann würde man bald am Ende sein? Ah nein! So radikal kann niemals eine Partei sein, daß nicht links von ihr eine steht, die noch radikaler ist. Bis der marxistische Sozialismus zuletzt nur noch aus Atomen besteht.

Auch eine „Erzwingenschaft der Revolution.“

„Daß die Schlichtungsausschüsse nicht nur für „realistische“ Arbeitgeber, sondern auch für solche von „revolutionärer“ Färbung manchmal notwendig sein können, hat die revolutionäre aller sozialdemokratischen Gewerkschaften, der Metallarbeiterverband, bewiesen. Die Ortsverwaltung Berlin dieses Verbandes kündigte ein Verbandsangelegenheiten, weil diese nicht unabhängig-kommunistischen Phrasen huldigten, sondern Mehrheitssozialisten waren. Auf Grund des § 84 Ziffer 1 des Betriebsrätegesetzes, der vorsieht, daß Einspruch gegen die Kündigung erhoben werden kann, falls der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung u. a. wegen politischer und gewerkschaftlicher Betätigung erfolgt ist, riefen die hinausgeworfenen den Schlichtungsausschuss an. Von diesem wurde der Metallarbeiterverband verurteilt, die Geschickten wieder einzustellen oder ihnen ein halbes Jahr lang das Gehalt weiterzuzahlen. An eine Wiedereinstellung ist natürlich nicht zu denken, und so wird dem

Metallarbeiterverband der Spieß die Kleinigkeit von über 100 000 M kosten. Da nach dem „Vorwärts“ meschügge zurzeit Trumpf ist, braucht man über eine derartige gewissenlose Vergewaltigung von Arbeitergroßen nicht besonders zu staunen, man muß diese Methode vielmehr auch als eine „Erzwingenschaft der Revolution“ bezeichnen.“

Helst den jungen Kollegen!

Unsere jugendlichen Kollegen befinden sich oft in einer nicht beneidenswerten Lage. Taufende junge Leute, kaum aus der Schule entlassen, müssen, der Not gehorchend, fort aus der geliebten Heimat, um draußen in der Fremde das tägliche Brot für sich und die Ihrigen zu verdienen. Wohl ist mancher junge Kollege in der glücklichen Lage, mit dem Vater oder Bruder zusammen zu sein, doch ein großer Teil der von der Heimat reisenden jungen Kollegen steht allein und ist auf die Hilfe fremder Berufskollegen angewiesen. Diesen jungen unerfahrenen Kollegen beizustehen mit Rat und Tat, ist so selbstverständlich, daß man darüber eigentlich kein Wort zu verlieren braucht. Und doch: Die Behandlung dieser jungen Leute läßt oft viel zu wünschen übrig. Oft wird mehr von ihnen verlangt, als sie auf Grund ihrer körperlichen Entfaltung leisten können.

Wir haben ja leider im Baugewerbe noch nicht überall ein geregeltes Lehrverhältnis, und daher muß der junge 14—15jährige Knabe das Steinbrett oder den „Speißvogel“ (Märktekasten) tragen, und daß diese Arbeit dem jungen, schwachen Kollegen gesundheitlich sehr schädlich ist, bedarf keiner Frage.

Leider haben wir, trotz Drängens der Organisation, das Lehrlingswesen noch nicht allgemein regeln können, obgleich die Not an gelehrten Bauarbeitern groß ist. Die jungen Leute wollen nicht mehr lernen, sagen die Unternehmer, weil ja heute der Ungelehrte fast daselbe verdient, wie der Gelehrte. Das mag wahr gewesen sein bei einem kleinen Prozentsatz während des Krieges, jedoch heute nicht mehr, und besonders nicht bei den jungen Kollegen unseres Berufes.

Der Gedanke, einmal ein tüchtiger Maurer zu werden, steckt in jedem jungen Kollegen. Wir können da aus Erfahrung reden. Wie oft haben wir während der Bauzeit, oder wenn Kalk und Steine genügend auf dem Herd waren, beobachtet, wie gleich der jugendliche Kollege an der Mauer stand, um die ihm zur Verfügung stehende Zeit zum Lernen auszunutzen. Das war nicht nur früher, das ist auch heute noch der Fall. Der Geist, vorwärts zu kommen, macht sich bei 95 Prozent unserer jungen Kollegen bemerkbar, und hier ist das Arbeitsfeld für unsere ausgearbeiteten Bauarbeiter: Denn jungen Kollegen bei seinem Vorwärtsstreben bestmöglichst zu sein ist eine sittliche Pflicht aller Verbandskollegen.

Über nicht allein die Heranbildung der jungen Leute zum tüchtigen Fachmann ist unsere Aufgabe, sondern auch Erziehungsarbeit müssen wir leisten, um tüchtige Charaktere und Staatsbürger heranzubilden. Wir erweisen den jungen Kollegen einen großen Dienst, wenn wir uns ihrer annehmen. Wer diese Aufgabe erfüllt, hat einen dreifachen Zweck erreicht: Er hilft dem Kollegen, sich zum tüchtigen Fachmann heranzubilden, er dient unserem Beruf und festigt den jungen Kollegen an die Organisation. Die geistige Kost muß den jungen Kollegen durch das Lesen unserer Verbandszeitung und der neuen Jugendzeitung „Gewerkschafts-Jugend“ beigebracht werden. Möge die letztere vor allem gut gelesen werden.

Zur Sachausbildung aber könnte noch mehr geleistet werden. Eine Anzahl unserer jungen Leute besucht die Fachbildungsabende in den Gesellenvereinen, die nicht oft genug empfohlen werden können. Andere wiederum nehmen Stunden bei einem Lehrmeister. Wieder andere suchen durch Selbststudium ihr Wissen zu stärken. Von der Bauerschule sind einige zur Organisation zurückgekehrt, andere haben sich zum Besuch derselben im Verbandsabgemeldet. Es trifft also nicht zu, daß der größte Teil der jungen Leute wegen der angeblich „hohen Löhne“ nichts lernen will, sondern der Geist zum Vorwärtskommen ist vorhanden. Vielleicht wäre es auch angebracht, wenn von unserer Zentrale aus ein kleines Buch mit Abbilbungen, Zeichnungen, Berechnungen usw. herausgegeben würde. Es würde seinen Zweck nicht verfehlen. Ein solches Buch, vielleicht mit dem Titel „Selbststudium für das Baufach“, würde mit Freude bei unseren jüngeren Kollegen begrüßt werden und selbst bei den älteren Kollegen noch guten Absatz finden.

Vor allem aber müssen unsere älteren Kollegen bestrebt sein, bei der praktischen Arbeit den jungen Kollegen mehr als bisher behilflich zu sein, im Interesse ihrer selbst, im Interesse des Berufes und nicht zuletzt im Interesse unseres Verbandes.

Christlich-nationaler Arbeitertag in Freiburg

Die gegen 2000 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörigen, die sich am Sonntag, den 26. September, in der Freiburger Festhalle zu einer mächtigen Kundgebung zusammengedrängten hatten, nahmen nach Neben des Gesamtverbandssekretärs Boigt-Dresden und des Universitätsprofessors Dr. Brieß nachstehende, von unserem Bezirksleiter Kollegen Heinrich eingebrachte Resolution einstimmig an.

„Der am 26. September in der Festhalle zu Freiburg abgehaltene christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenrat bringt erneut das Gelöbnis der Deute zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung zum Ausdruck.“

Er begrüßt freudig das starke Wachstum der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung, die seit der Staatsumwälzung ihre Mitgliederzahl vervielfacht hat. Mit besonderer Freude dankt die Arbeiter- und Angestelltenchaft des Breisgauer der Gesamtbewegung für ihre energische und segensreiche Arbeit für Volk

und Reich, für ihre Tätigkeit zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lage der Arbeiter- und Angestelltenchaft.

Die Versammlung erwartet von den einzelnen Berufsverbänden und von der Gesamtbewegung, daß diese sich für alle gerechten neuzeitlichen Forderungen des Arbeiterstandes einsetzen. Vom festen Willen befeelt, am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuwirken und eine Befundung von den ungeheuren Kriegs- und Revolutionsnöten herbeizuführen, stellt die Versammlung folgende Ziele in den Vordergrund:

Förderung wahrer Gemeinschaftsarbeit, getragen vom Geiste christlichen Rechts und Gewissens, und rücksichtslose Bekämpfung des materialistischen Zeitgeistes in unserem Volke.

Mit allen Volksgenossen gleich welchen Standes sie sind, ist am Wiederaufbau tatkräftig mitzuwirken.

Alle berechtigten Ziele und Bestrebungen der Arbeiter und Angestelltenchaft sind zu verwirklichen. Tatkräftige Ausmerzung der sozialen Schäden, insbesondere energische Inangriffnahme der Wohnungsreform und Herbeiführung einer gesunden Wirtschaftspolitik, die jeden ungerechten Gewinn nach Möglichkeit ausschließt.

Aufrechterhaltung und weitere Förderung der bewährten Beziehungen unserer Gewerkschaftsbewegung zu den konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Jugendvereinen.

Die Tagung macht es jedem Mitglied der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zur Pflicht, im Sinne dieser Richtlinien tätig zu sein und unermüdet an der Ausbreitung unserer Organisationen zu arbeiten.

Polier-

und Schachmeisterbewegung

Ueber anmaßendes Verhalten mancher Bautechniker wird uns aus Münster'schen Polierkreisen geschrieben:

Seit einiger Zeit sind Bestrebungen im Gange, Kopf- und Handarbeiter in einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen. Bis es dahin kommt, sind zwar noch viele Hindernisse zu überwinden, immerhin ist ein besseres Handinhandarbeiten und gegenseitiges Sichverstehen heute schon dringend erwünscht, und zwar im Interesse beider Teile. In den Kreisen unserer Bautechniker und sonstigen Baugesellen wird nun seit einiger Zeit der gewerkschaftliche Gedanke stark betont, d. h. zunächst nur den Arbeitgebern gegenüber. In dem Verhalten mancher dieser Herren ihren Arbeitern, Gesellen und Polierern gegenüber hat sich nichts geändert, da wird nach wie vor der alte, schroffe Herrenstandpunkt hervorgekehrt. Hierfür ein bezeichnendes Beispiel aus der Praxis: Bei der Großfirma B. in Münster war der Maurerpolier N. mit der Leitung eines Neubaus beauftragt. Unter den dort beschäftigten Leuten befand sich auch ein Baugewerkschüler als Lehrling. Dieser wurde bei Feierabend vom Polier beauftragt, die Maurerschüre aufzuwickeln, eine Arbeit, die in hiesiger Gegend für Lehrlinge allgemein üblich ist. Der junge Mann weigerte sich die Arbeit auszuführen mit den Worten: Wenn gelötet würde hätte er auch Feierabend wie jeder andere. Da er trotz mehrmaliger Aufforderung bei seiner Weigerung verharrte, verbot der Polier ihm die Baustelle. Nach acht Tagen kam der Herr Baugeselle wieder zur Baustelle mit dem Bemerkten, der Geschäftsführer J. hätte ihn hierher geschickt, er solle jetzt zum Trop des Poliers gerade hier arbeiten. Der Kollege, der schon etliche Jahre als Polier bei der Firma tätig ist, hat sich ein solches Anjinnen nicht bieten lassen und sofort die Baustelle verlassen. Ich kann dieses Verhalten des Herrn J. nur auf das Schärfste mißbilligen. So wird heute noch mit dem Polier umgesprungen, der ebenso Angestellter ist wie der Bautechniker auch. Nein, auf diese Art wird man die ersehnte Einheit von Kopf- und Handarbeiterschaft bestimmt nicht erreichen. Die Ortsgruppe Münster des Technikerverbandes sollte, wenn sie den Gewerkschaftsgedanken in ihren Reihen rein erhalten will, Herrn J. wegen seines Verhaltens zur Rede stellen und durch geeignete erziehlige Einwirkung auf ihre Mitglieder dafür sorgen, daß derartigen, Verhöhnung erzeugenden Vorwommnissen in Zukunft vorgebeugt wird.

Verbandsnachrichten

Königsbütte. Am Mittwoch, den 15. September, lagte im Schlachthofrestaurant unsere Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war. Neben Endes haben auch die Kollegen selbst den größten Nutzen, wenn sie die Versammlungen fleißig besuchen. Nur durch fleißigen Besammlungsbesuch und Lesen der Gewerkschafts- und Literatur können sie sich das erforderliche Wissen aneignen. Das haben die Königsbütten Kollegen in der letzten Zeit wohl begriffen. Das zeigt vor allem die Tatsache, daß die Mitgliederzahl in den letzten Wochen sich mehr als verdoppelt hat. Aber selbst in einer gewerkschaftlich hochstehenden Kollegenchaft finden sich einzelne, die es gar nicht für nötig erachten, die Versammlungen zu besuchen. Diese Kollegen können dann auch natürlich den Gegnern gegenüber handhalten. Kollegen, wir müssen heraus aus unserer Zurückhaltung. Zeigen wir dem Gegner, daß wir ihn Rede und Antwort sehen können und nicht anderen christlichen Standpunkt zu verhängen brauchen, selbst dann nicht, wenn wir auch auf einigen Plätzen in der Minderheit sind. Es hat verurteilt wurde die Handlungsweise, die unsere Gegner auf einer Bankette gegenüber einigen unserer Kollegen vertrieben, indem sie für unangenehm zum Überdritt bewegen wollten. Das ist ihnen bei diesen Kollegen schon nicht gelungen, und zwar deshalb nicht, weil sie

gewerkschaftlich gut geschult waren. So muß es überall sein. Nur dann können wir uns Achtung und Ansehen verschaffen. Ueber Tätigkeit und Aufgaben der Baubelegierten, gab der Kollege M. einen ausführlichen Bericht. Die Kollegen selbst dürfen aber nicht abseits stehen und nun den Baubelegierten die ganze Arbeit überlassen. Jeder einzelne muß mithelfen und mitarbeiten zum Nutzen und Segen der Allgemeinheit und im Interesse der Arbeiterchaft.

Verwaltungsstelle Königsberg i. Pr. Am Freitag, den 17. September, hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Mitgliederversammlung ab, die der zweite Vorsitzende, Kollege Stoff, leitete. Die Tagesordnung enthielt folgende Punkte: 1. Vortrag des Kollegen Papke. 2. Diskussion und Anstellung dieses Kollegen. 3. Gewerkschaftliches. Nachdem der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung verlesen hatte, hielt der Kollege Papke einen Vortrag über die Aufgaben eines Lokalbeamten. In kurzen, aber markanten Zügen erläuterte er die umfangreiche und verantwortungsvolle Arbeit eines Gewerkschaftsangehörigen. Er verschloß die Arbeit der Angestellten mit den Aufgaben der gesamten Bewegung und erläuterte die Angestelltenfähigkeit an Hand einiger Spezialaufgabengebiete, wie Bekämpfung des noch immer auftretenden Terrors, Ausarbeitung und Durchführung der Tarifverträge, Vertretung vor dem Schlichtungsausschuß usw. In der darauf folgenden Diskussion, an der sich die Kollegen Tiedemann, Dagott und Rasenau beteiligten, nahm auch der jetzige Bezirksleiter das Wort. Er beleuchtete den Terror der sog. Gewerkschaften in mehreren Fällen. Es wurde dann die Anstellung des Kollegen Papke einstimmig beschlossen. Nachdem der Kollege seinen Dank für das entgegengebrachte Vertrauen ausgesprochen hatte, besprachen die Kollegen, ihn in seinem schweren Amte zu unterstützen. Zu Punkt 3 gab der Bezirksleiter bekannt, daß nunmehr auch der Tarif für das Tiefbaugewerbe durch Schlichtung des Hauptarbeitsamts geregelt sei. Ferner erläuterte er die vom Zentralvorstand in die Wege geleitete Besorgung von Bekleidungsgegenständen und Schuhwerk. Die Kollegen, welche Schuhe oder Anzugstoffe haben wollten, sollen sich auf dem Bureau (Altsiedliche Bergstraße 60II) melden.

Miedlingen. Als ein Markstein in der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung in unserem Ort ist wohl die am 20. September stattgefundene Versammlung zu verzeichnen. Erfüllte sich doch ein lange von uns Bauarbeitern gehegter Wunsch: die Gründung eines Kartells für Miedlingen und Umgebung. Als Hauptreferent erschien unser Kollege Koch aus Ulm, der in packenden Worten uns die große Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für den Wiederaufbau unseres Wirtschafts- und Staatslebens darlegte. Nicht die in mammonistischem und materialistischem Geist erzeugten Anhänger des Sozialismus können uns retten, sondern nur die ewigen Grundsätze des Christentums: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst und: Gib Rechenschaft von deiner Verwaltung. Dieser Geist allein wird ein neues Deutschland schaffen. Hieran mitzuhelfen ist vor allem die christliche Arbeiterchaft berufen. Die muß das feste Volkswort und den schließenden Wall bilden, hinter dem alle Kreise und Schichten Schutz suchen und finden können. Mit einem feurigen Appell schloß er seinen einflussigen Vortrag. Hieraus erläuterte Kollege Durb vom Textilarbeiterverband die Aufgaben eines Kartells und führte die Notwendigkeit desselben vor Augen. Die Gründung wurde dann sofort vollzogen. Von uns wurde Kollege Hecht als Kassierer gewählt. Kollege Durb vom Forst- und Landarbeiterverband sprach über unsere grundsätzliche Stellung zur Sozialdemokratie. Auch er verstand es, in packenden Worten die Leiber in letzter Zeit sich bemerkbar machende Verschwommenheit zu beleuchten. Im Schlußwort führte uns Kollege Koch noch das Gland unserer oberchristlichen Kollegen vor Augen. Eine Tellerammlung ergab für diese 10 M. Zum Schluß appellierte er an das neue Kartell, getreu den Grundsätzen unserer Bewegung mit freischem Mut zu arbeiten. Möge der Segen für unsere Kollegen nicht ausbleiben.

Beithe. Seit dem letzten Tarifabschluß macht sich bei einem Teil der Kollegen in bezug auf gewerkschaftliche Betätigung eine Laueheit bemerkbar, die den Vorstand veranlaßt, ein ernstes Wort an die Kollegen zu richten. Diese Laueheit äußert sich vor allem darin, daß die Versammlungen nur mittelmäßig, zum Teil schlecht besucht werden. In der jetzigen Zeit, wo die Gewerkschaften täglich vor neue Aufgaben gestellt werden und es der Mitarbeit aller Kollegen bedarf, muß eine solche Interessenlosigkeit letzten Endes zum Schaden der Kollegen selbst anschlagend. Sieht man sich die Kollegen, die fast ständig die Versammlungen schwänzen, etwas näher an, so sind es meistens solche, denen bei Lohnbewegungen die Forderungen und das Erreichte nie weit genug gehen. Ist der Tarifvertrag abgeschlossen, dann ziehen diese Kollegen die Rippenmühle über die Ohren, lassen den Vorstand die Arbeit machen und begnügen sich mit Kritizieren, wenn es nicht nach ihrem Wunsch geht. Mitzuwirken, um auch in Zukunft unserer gerechten Ansprüchen Geltung zu verschaffen, das fällt den Kollegen nicht ein. Die Unternehmer sind nämlich überall hört man die Forderung auf Abbau der Löhne. Es wird der Mitarbeit aller Kollegen bedürfen, angesichts der zunehmenden Verteuerung der Lebenshaltung unsere Rechte zu wahren. Darum, Kollegen, arbeitet mit an der Hebung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Unterstützt den Vorstand in jeder Beziehung. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, die monatlichen Versammlungen zu besuchen und mitzugreifen an der wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes.

Wannville

Herbede (Aubr). Am 30. August verunglückte unser Mitglied Franz Kiefer (Maurer) aus Bedum dadurch, daß derselbe in der neuen Echabnalage (Bede Holland) über 100 Meter tief abstürzte und sofort seinen Tod fand. Dr. Beunghilde machte mit mehreren Kameraden von einer Kohle zur anderen Namen. Kiefer

war der letzte bei dem Aufstiege, und ist hierbei gestürzt. Seine Leiche wurde im Sumpf gefunden. Zahlstelle Herbede verliert durch diesen Tod ein eifriges Mitglied.

Wohum. Der Maurerlehrling Edmann erlitt 16. September auf der Baustelle Gehr. Kiefer, Karoline, Altenbuchum, einen bedauerenswerten Unfall dadurch, daß er mit seinem linken Arm in einen zugabel geriet und sich einen Armbruch und schwere Handquetschung zuzog.

Bücherchau

10 Prozent Lohnabzug. Abzugsfreie Beträge beim Steuerabzug in Tabellenform von Angen. F. M. Hülsen, Düsseldorf-Gerresheim. Zu beziehen bei den Christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Venzorwall 80, 8 S. Preis 75 Pf. und 20 Pf. Porto. Das Schriftchen erscheint zur richtigen Zeit und bringt die für den Arbeitnehmer und dessen unterhaltungspflichtige Haushaltung angehörigen - Ehefrau bzw. minderjährige Kinder abzugsfreien Beträge, die dem Steuerabzug nicht unterworfen sind, in Tabellenform, aus der sofort zu ersehen ist, welche Beträge bei der Lohn- oder Gehaltszahlung nicht besteuert werden dürfen. Klar und einfach abgefaßt, ist sie für jeden Arbeitnehmer, oder überhaupt jeden unentbehrlich, der mit Lohnzahlung zu tun hat. In der heutigen Zeit, wo nach so vielen Unklarheiten über den Steuerabzug herrschen, dient sie gleichzeitig als Stärkungsschrift, und kann daher die Anschaffung eines jeden Arbeitnehmer nur eindringlich empfohlen werden. Bei jeder Lohnzahlung erfüllt sie ihren Zweck als Kontrolle. Der Preis ist mit 75 Pf. äußerst niedrig bemessen, so daß der Schrift nur weiteste Verbreitung wünscht werden kann, zumal es die einzige Schrift in diesem Gebiete von wirklich praktischem Werte ist, die die Verordnungen berücksichtigt, und auch die einzige, in dieser einfachen Form einem jeden die Nachkontrolle über den Steuerabzug ermöglicht.

Bekanntmachungen

Warnung

Dem Hauptvorstand wird mitgeteilt, daß in letzter Zeit unbekannte Personen zu unseren Verwaltungsstellen- und Ortsgruppenkassierern kommen mit dem angeblichen Auftrag des Verbandsvorstandes, die Kasse zu revidieren. Wir machen die Kollegen aufmerksam, derartige Schwindlätze sofort festzunehmen zu lassen.

Der Hauptvorstand.

J. A.: Fr. Jacobi.

Bezirk Saarbrücken

Mit Genehmigung des Hauptvorstandes berufen wir auf die Tage vom 10. bis 17. Oktober d. J. eine Bezirkskonferenz ein, die unter Vertretung der in hiesigen Bezirk bestehenden Schwereigkeiten in folgende drei Sonderkonferenzen zerlegt wird:

Die Konferenz für die Rheinpfalz findet am Sonntag, den 10. Oktober d. J. in Kaiserslautern statt.

In einem Tag der Woche zwischen dem 10. und 17. Oktober findet dann die Konferenz für den Neugierungsbezirk Trier in Trier statt.

Für das gesamte Saargebiet findet die Konferenz am Sonntag, den 17. Oktober, in Saarbrücken statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Bezirksleiters.
 2. Berichte der Delegierten.
 3. Erledigung der gestellten Anträge und Wahl des Bezirksvorstandes.
 4. Vortrag unseres 2. Zentralvorsitzenden, Kollegen A. Schmidt-Berlin.
 5. Gründung einer Poliersektion.
- Alles Nähere wird den einzelnen Verwaltungsstellen durch Rundschreiben bekanntgegeben werden.
Der Bezirksleiter: Franz Weigel.

Sterbetafel.

Am 30. August starb unser treuer Kollege **Franz Kiefer** aus Bedum (Westf.) infolge eines Unfalles (Absturz im neuen Schacht der Bede Holland).
Ortsgruppe Herbede-Aubr.

Am 30. August starb unser lieber Kollege **Eduard Diekmann** an den Folgen eines Herzleidens im Alter von 39 Jahren.
Verwaltungsstelle Offen.

Am 21. September starb unser Kollege **August Raab** im Alter von 56 Jahren.
Verwaltungsstelle Tuschtingel.

Am 22. September starb infolge Lungenerkrankens unser Kollege **Walbert Schreiner** aus Uffhausen (Kreis Fulda). Seit 1903 hat er unserem Verbands die Treue bewahrt und war stets ein eifriger Förderer unserer Sache.
Ortsgruppe Dortmund, Maurer.

Ehre ihrem Andenken!